

Protokoll

Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung am 10.6.2020

Corona und Menschen mit Behinderung

Aus Schutz vor einer Infektion mit dem Corona-Virus fand die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung am 10.6. unter besonderen Schutzmaßnahmen statt. Die Zahl der teilnehmenden Mitglieder war beschränkt und man achtete auf einen Mindestabstand zwischen den Sitzplätzen. Bei der Sitzung sollten Erfahrungen und Probleme von Menschen mit Behinderung im Umgang mit der Corona-Krise beleuchtet werden. Die VertreterInnen und Vertreter im Beirat hatten dabei Gelegenheit, sich direkt an den Stadtrat für Soziales, Kurt Hohensinner und den Stadtrat für Gesundheit, Robert Krotzer zu wenden.

Herr Wolfgang Palle begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Er hofft, dass mit den gewonnenen Erfahrungen in Zukunft besser auf eine Epidemie und Krisensituationen im Behinderten-Bereich reagiert werden kann. Hr. Palle wird die zusammengefassten Vorschläge an die betreffenden Stellen bei Stadt und Land gesondert weitergeben.

Erfahrungen während der Krise

Alfons Rupp vom Verein Wegweiser berichtet, wie es Menschen mit Behinderung, die mit Persönlicher Assistenz leben, ergangen ist. Am Anfang der Krise mangelte es vor allem an klaren Informationen und Leitlinien, wie Menschen mit Behinderung und ihre Assistentinnen und Assistenten sich am besten verhalten und schützen

können. Eine Kooperation von Selbstbestimmt Leben, Herrn Jakob Putz und dem Verein Wegweiser erarbeitete die Internetseite „Corona und Menschen mit Behinderung“, auf der wichtige und aktuelle Informationen für diese Bevölkerungsgruppe gesammelt wurden. Es war auch sehr schwer an Schutzmaterial zu kommen. Wegweiser und Selbstbestimmt Leben konnten eine größere Bestellung von Schutzmasken, Handschuhen und Desinfektionsmittel für ihre Mitglieder tätigen. Später wurden auch FFP2-Masken von Seiten der Landesregierung an alle Nutzerinnen und Nutzer des Persönlichen Budget versandt. Wegweiser beteiligte sich auch am Projekt der Grazer Telefonkette. Auf Initiative von Gesundheits-Experten Christoph Pammer wurden über kleinere Vereine und Organisationen Bevölkerungsgruppen, wie Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit Behinderung aktiv über Telefon kontaktiert. Sie erhielten so Informationen und konnten rückmelden, wie es ihnen geht oder ob sie etwas brauchen. Ein großes Problem war der Ausfall von notwendigen Therapien, medizinischen Behandlungen und Rehabilitations-Maßnahmen. Hier sind vermutlich beträchtliche Schäden entstanden und man muss versuchen, in Zukunft notwendige Behandlungen unter besonderem Schutz aufrecht zu erhalten.

Alfons Rupp berichtet, dass die Versorgung durch private Persönliche Assistenz auch während der Beschränkungen gut funktioniert hat und es keine größeren Ausfälle in der Versorgungskette gegeben hat. Schwierig wäre es bei einer Infektion geworden, es gab keinen Notfallplan für Menschen mit Behinderung, die alleine in einer eigenen Wohnung leben. Im Falle einer Infektion hätte es nur die Möglichkeit gegeben ins Krankenhaus zu gehen oder eine Assistenz zu finden, die sich freiwillig mit dem Menschen mit Behinderung in Quarantäne begibt. Herr Rupp betont, dass private Persönliche Assistentinnen und Assistenten eine wichtige Aufgabe in der Gesellschaft übernehmen, man sollte sie, ähnlich wie andere Berufsgruppen, als

Schlüssel-Arbeitskräfte sehen. Bei Menschen mit Behinderung, die mit Assistenz im Privathaushalt leben, sind meist keine großen Organisationen im Hintergrund. Daher muss man diese große Bevölkerungsgruppe besser einbeziehen, damit sie Schutzmaterial und verlässliche Informationen bekommen können. Es braucht Notfallpläne für diese Menschen mit Behinderung. Die Krise hat zu guter Zusammenarbeit in kleinteiligen Netzwerken geführt, man muss unbedingt Lehren für die Zukunft daraus ziehen.

Robert Konegger, Obmann von Selbstbestimmt Leben Steiermark, berichtet von seinen Erfahrungen. Nach den Berichten aus Italien bestand die große Sorge von Menschen mit Behinderung, wie es ihnen als Hochrisikogruppe ergehen würde, wenn sie ins Krankenhaus kämen. Es konnte in Zusammenarbeit mit der Sozialwirtschaft ein Angebot für Persönliche Assistenz organisiert werden, falls es zu Ausfällen in der Assistenz-Kette kommt. Obwohl es zu keinen großen Ausfällen gekommen ist, war es gut vorzusorgen. In Austausch mit der Fachabteilung 11 des Landes Steiermark und der Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung wurde eine Telefon-Plattform eingerichtet, an die sich Betroffene wenden können. Auch Herr Konegger berichtet darüber, dass es anfangs unmöglich war an Schutzmasken zu kommen. Erst nach einiger Zeit konnte man zu überhöhten Preisen Schutzmaterial kaufen. Nach einem ersten Fazit kann man feststellen, dass Menschen mit Behinderung sich ihre Unterstützung unter Schutzmaßnahmen gut organisiert haben und es zu keinen Infektionen kam. Herr Konegger meint, es war sehr wichtig, dass Ängste durch die Hotline und die Internet-Plattform abgebaut werden konnten. Noch einmal betont er, dass eine Grundausrüstung zum Schutz in Zukunft vorrätig sein muss und man besser vorsorgen muss. Auch die Möglichkeit von Tests für Persönliche Assistentinnen und Assistenten ist nach wie vor unklar. Die Eigenverantwortung von Menschen mit Behinderung in dieser außergewöhnlichen

Situation war erstaunlich.

Herr Konegger sieht keine großen Kritikpunkte am Krisen-Management der Regierung und der verantwortlichen Stellen und hat Verständnis dafür, dass man allgemein mit so einer Situation nicht gerechnet hat. Es wurde jedoch verabsäumt Vertreterinnen und Vertreter von Menschen mit Behinderung in Krisensitzungen einzubeziehen um Probleme und Herausforderungen direkt zu besprechen. Das wäre auf Stadt- und Landesebene wichtig.

Frau Regina de Grancy wurde als Vertreterin des Steirischen Behindertenrates eingeladen. Fr. de Grancy sagt, dass kaum an Kinder mit Behinderung gedacht wurde. Für sie und ihre Familien waren die Schließungen von Schulen sehr schwierig. Neben der fehlenden Bildung waren fehlende Betreuungsmöglichkeiten ein Problem. Man muss die Digitalisierung im Bildungsbereich und E-Learning über das Internet besser ausbauen und in den Alltag einfließen lassen und dabei darauf achten, dass Kinder mit Behinderung und Einschränkungen gleiche Möglichkeiten haben wie alle anderen Schülerinnen und Schüler. Der Übergang von Ausbildung zum Beruf wird nun besonders schwierig. Für viele Familien war es sehr schwierig, plötzlich wieder alleine für die Betreuung ihrer Kinder mit Behinderungen verantwortlich zu sein. Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, haben keinen Sonderurlaub bekommen. In den Kindergärten wurde versucht, alle Betreuungsleistungen aufrecht zu erhalten. Es muss in Zukunft darauf geachtet werden, dass Kinder mit Behinderung und deren Familien Zugang zu Betreuungsmöglichkeiten und Assistenzleistungen haben und trotzdem gut geschützt sind.

Frau Doris Ploder vom Steirischen Landesverband der Gehörlosenvereine berichtet mit Übersetzung ihrer Gebärdens-Dolmetscherinnen über Erfahrungen von

gehörlosen Personen während der Einschränkungen. Ein grundlegendes Problem während der ganzen Krise war, dass Informationen nicht aufbereitet wurden und nicht barrierefrei und gedolmetscht herausgegeben wurden. Die Corona-Hotline ist für gehörlose Menschen nicht benutzbar. Die Gehörlosen-Ambulanz in Graz hat nicht gut auf die Krise reagiert. Es gab zu wenig Informationen und auch keine Rufbereitschaft. In Wien und Linz haben sich die Gehörlosen-Ambulanzen dagegen gut auf die Situation eingestellt. Es wurden auch nicht alle Pressekonferenzen und Sendungen mit Gebärdensprache begleitet. Man muss sämtliche Informationen für diese große Bevölkerungsgruppe bereitstellen.

Gehörlose und schwerhörige Menschen sind darauf angewiesen, dass sie bei Unterhaltungen das Gesicht und den Mund ihres Gegenübers lesen können. Daher war die Maskenpflicht ein großes Problem für die Kommunikation. Gehörlose und schwerhörige Personen waren somit zum großen Teil von der Kommunikation mit ihren Mitmenschen, in Geschäften, Apotheken und anderen Dienstleistungen abgeschnitten. Bei durchsichtigen Gesichts-Visieren hat es gut funktioniert, diese bieten aber nur eingeschränkt Schutz. Wo es aber möglich ist, kann man das in der Zuständigkeit der Stadt Graz aber berücksichtigen, mein Herr Hohensinner.

Frau Elisabeth Reidl von der Selbsthilfe-Gruppe für Schwerhörige berichtet in einem Brief an den Beirat von ähnlichen Erfahrungen und schwierigen Erlebnissen während der Masken-Pflicht. Eine Kommunikation war oft unmöglich, man fühlt sich dann besonders behindert und ausgegrenzt, schreibt Frau Reidl. Schwerhörige wünschen sich mehr Empathie und Rücksicht.

Jakob Putz vom Zentrum Integriert Studieren betont, dass man angesichts der Lockerungen nicht glauben sollte, dass die Krise überstanden ist. Umso wichtiger ist es für Verantwortliche Stellen in Stadt und Land, die richtigen Lehren aus den letzten

Wochen zu ziehen, um in Zukunft besser vorbereitet zu sein. Herr Putz erklärt, dass die Corona-Krise zeigt, dass Leistungen in der Behindertenhilfe oft nicht flexibel genug sind um schnell auf Ausnahme-Situationen reagieren zu können. Er gibt als Beispiel plötzliche Mehrkosten im Persönlichen Budget, für erhöhten Assistenzbedarf, wenn Menschen mit Behinderung aufgrund des Lockdown mehr Zeit in der eigenen Wohnung verbringen müssen. So müssten sich Leistung und Ausmaß schnell und unkompliziert an einen geänderten Bedarf anpassen. Er regt dazu an, über neue Wege nachzudenken und den tatsächlichen Bedarf von Menschen mit Behinderung besser abzubilden. Er schlägt beispielsweise Assistenz-Konferenzen auf Augenhöhe, unter Einbeziehung von Betroffenen als Expertinnen und Experten für den Bedarf im Alltag von Menschen mit Behinderung vor. Die Leistungsfestschreibung auf Basis von Gutachten des Verein IHB hält er für ungenügend. Der Weg zu Assistenz und Hilfen muss so kurz wie möglich sein.

Stadtrat Kurt Hohensinner würde gerne mit Vertreterinnen und Vertretern über neue Konzepte diskutieren und das System weiterentwickeln, auch er sieht Probleme bei der Flexibilität und Durchgängigkeit von Leistungen im Behinderten-Bereich, die ja eine effektive Hilfe für die Betroffenen darstellen sollen.

Herr Putz ist Experte für barrierefreie Informations-Aufbereitung und kritisiert Mängel bei der Barrierefreiheit in der Informationspolitik. Man müsse Dateien und Unterlagen ganz einfach in den richtigen Datei-Formaten zu Verfügung stellen, was inzwischen selbstverständlich sein sollte und keine Kosten verursacht.

Frau Claudia Knopper von der steierischen Alzheimerhilfe berichtet von der herausfordernden Situation bei Menschen mit Demenz. Zum einen können viele Menschen mit Demenz gar nicht verstehen was in der Corona-Krise geschieht und auf die geänderte Situation reagieren, zum anderen sind demente Patientinnen und

Patienten nicht mit den Abläufen in Krankenhäusern kompatibel. In Pflegeheimen wurde ein Aufnahmestopp verordnet, die Situation bei 24-Std. Pflege war mit Ein- und Ausreisebeschränkungen völlig unklar. Tagesbetreuungs-Einrichtungen wurden geschlossen. Somit waren die Angehörigen mit den Betroffenen auf sich alleine gestellt. Ein Persönliches Budget für Assistenz in den eigenen vier Wänden ist für diese Zielgruppe nicht möglich. Eine stundenweise Betreuung, wie in der Persönlichen Assistenz, wäre für Menschen mit Alzheimer und ihre Familien sehr wichtig. Alleine sind Angehörige schnell überlastet. Isolation und Einsamkeit haben sich für ältere und pflegebedürftige Personen während der Krise verschärft und verschlechtert den geistigen Zustand drastisch. Das Projekt gegen Vereinsamung der Stadt Graz wurde durch die Krise auch aufgehoben. Es sind aber viele Projekte dazu eingereicht worden, die derzeit geprüft werden und, sobald es möglich ist, starten sollen, berichtet Kurt Hohensinner. Frau Knopper bittet um Unterstützung und Öffentlichkeit für die Alzheimerhilfe und Projekte und Leistungen für Menschen mit Demenz.

Herbert Spanner und Wilhelm Köchel vom Blinden und Sehbehindertenverband berichten, dass der Verband mit seinen Mitgliedern gut auf elektronischem Weg in Kontakt geblieben ist. Am Anfang bestanden auch bei dieser Bevölkerungsgruppe viele Unsicherheiten und Unklarheiten. Es war nicht ganz klar, was noch erlaubt ist und ob man mit Begleitung die Wohnung verlassen darf. Sie hoffen in Zukunft auf klare und verlässliche Informationen auch für blinde und sehbehinderte Personen. Dabei ist zu beachten, dass viele Betroffene schon älter sind und das Internet nicht nutzen.

In Krankenhäusern und bei Transporten mit der Rettung war es aufgrund der Beschränkungen nicht möglich, dass Menschen mit Behinderung oder ältere

Menschen Begleitpersonen mitnehmen können. Gerade in diesen Ausnahme-Situationen brauchen diese Personen Vertrauenspersonen an ihrer Seite. Auch in Geschäften kam es zu Missverständnissen, da eine Regel besagte, dass jede Person einen Einkaufswagen nehmen muss. An einem Fall einer Dame mit Multipler Sklerose werden weitere Schwierigkeiten sichtbar. Sie war in einer beruflichen Rehabilitation des BBRZ. Da sie zur Hochrisikogruppe zählt musste sie aus der Maßnahme ausscheiden und hat daher finanzielle Nachteile von Seiten des AMS. Es gibt weitere Einzelfälle mit Problemen. Stadtrat Robert Krotzer sagt, dass sich Personen an ihn wenden können. Die Stadt kann versuchen zu vermitteln und Lösungen zu finden. Kurt Hohensinner merkt an, dass Maßnahmen der Bundesregierung meist auf Pressekonferenzen am Freitag verkündet werden, somit können die Behörden auf Stadt-Ebene erst ab Montag darauf reagieren.

Kurt Hohensinner bedankt sich bei allen Vereinen, Personen und Freiwillige, die sich während der Krise engagiert haben und geholfen haben. Die Stadt wird sich bemühen, bei Verdachtsfällen in Einrichtungen schnelle Testungen anzubieten. Herr Hohensinner nimmt aus der Sitzung mit, dass dies auch für Einzelpersonen und ihre Assistenz wichtig wäre. Weiters berichtet er, dass erreicht wurde, dass die Sendung Steiermark Heute vom ORF mit Untertiteln gesendet wird. Einmal pro Woche wird die Sendung versuchsweise auch mit Gebärdensprache begleitet, am Ende des Jahres soll über eine Weiterführung entschieden werden. Der Sozial-Fonds „Graz hilft“ wurde ins Leben gerufen, ab Juli können Personen in schwierigen Situationen um finanzielle Hilfe ansuchen. Herr Hohensinner sagt, dass die Stadt viele Freizeit- und Sportaktivitäten im Sommer anbietet, da viele Familien in diesem Sommer nicht auf Urlaub fahren werden. Der Verein IKS bietet inklusive Sportaktivitäten für Menschen, Jugendliche und Kinder mit Behinderung an.

Homepage: www.verein-iks.eu

Stadtrat Kurt Hohensinner hat jeden Mittwoch von 15:00 bis 17:00 Sozialsprechstunde in seinem Büro, aufgrund der Corona-Krise sind Gespräche auch über Telefon möglich. Er bittet um Terminvereinbarung über Telefon oder E-Mail.

Kontakt Büro Hohensinner:

Rathaus, 3.Stock, Zimmer305

Telefon: 0316 / 872-2080

E-Mail: kurt.hohensinner@stadt.graz.at

Karin Ondas von der Sozialwirtschaft Steiermark berichtet von Erfahrungen in den Träger-Organisationen. Man hat versucht, schnell auf die Krisen-Situation zu reagieren und den Verantwortlichen die wichtige Rolle der Behindertenhilfe und der Organisationen aufzuzeigen. Ziel war es, Leistungen unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen möglichst flexibel weiter anzubieten. Die größte Herausforderung zu Beginn war auch hier, an Schutzmaterial zu kommen. Es war auch eine Anstrengung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter im Dienst zu halten und flexibel in den Bereichen einzusetzen, wo sie gerade dringend gebraucht werden. In den betreuten Wohneinrichtungen, wo viele Personen auf engem Raum leben und arbeiten, war es wichtig, bestmöglichen Schutz zu erreichen. Über den Verband haben 48 Organisationen ihre Kräfte gebündelt um weiter gut für Menschen mit Behinderung und deren Familien funktionieren zu können. Über die Internet-Plattform AVA konnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter flexibel Hilfe anbieten, falls es zu Ausfällen von Betreuung oder Assistenz bei Menschen mit Behinderung kommen sollte. Frau Ondas freut sich, dass die Kooperation der Anbieter und Selbstvertreter-Organisationen auf allen Ebenen so gut funktioniert hat. In Krisensituationen ist es absolut notwendig, vorhandene Ressourcen schnell und unkompliziert nutzen zu können.

Gesundheits-Stadtrat Robert Krotzer kehrt hervor, dass es für den Gesundheitsbereich und den Pflegebereich sehr wichtig ist, Erfahrungen und Lehren aus den letzten Monaten mitzunehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsamt waren enorm gefordert. Die Arbeit im Ressort ist sprunghaft angestiegen und es gab plötzlich viele zusätzliche Aufgaben. Im Gesundheitsamt liefen viele Kanäle zusammen und es gab sehr viele Fragen aus allen Richtungen. Es konnte viel erreicht werden. Herr Krotzer und Thomas Grabner, Peer-Berater vom Verein Wegweiser, berichten von der Grazer-Telefonkette, über die mit Vereinen und Organisationen viele Gruppen, die besonders gefährdet sind, erreicht werden konnten. Es war von öffentlicher Seite unglaublich schwer, an Schutz-Ausrüstung zu kommen, man muss hier für die Zukunft gut vorsorgen. Auch Testungen flächendeckend zu organisieren ist sehr schwierig. In Pflegeheimen und Einrichtungen wäre es besonders wichtig, alle Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter testen zu können. Herr Krotzer spricht auch an, dass es in der angespannten Wirtschaftslage aufgrund der Krise noch viel schwieriger wird, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Menschen mit Behinderung sollen nicht zu den großen Verlierern der Krise werden, hier wären spezielle Förderungen notwendig. Es wird auch angesprochen, dass es in Pflegeheimen aufgrund der Schutzmaßnahmen zu massiven Einschränkungen für die Bewohnerinnen und Bewohner gekommen ist. Sie durften die Einrichtung nicht verlassen und keinen Besuch oder nur sehr eingeschränkt Kontakt haben. Menschen mit Demenz haben dadurch sehr gelitten. Natürlich war die Situation sehr gefährlich, aber man muss hier sensibel reagieren und man darf Menschenrechte auch in der Krise nicht vernachlässigen.

Zusammenfassung der Maßnahmen-Vorschläge

- PersonenbetreuerInnen müssen in Bezug auf Masken und Schutzkleidung etc. von vorneherein mitgedacht werden. Eine Betreuungs-Person betreut oft 5 und mehr PatientInnen aus der Risikogruppe und kann das Virus von einer Person zur nächsten tragen.
- Notwendige Therapien und Heilbehandlungen sind für viele Menschen mit Behinderung unerlässlich. Es müssen Wege gefunden werden, wie diese Angebote auch in Krisenzeiten durchgeführt werden können.
- Es braucht gut ausgearbeitete Notfallpläne für den Krisenfall. In die Ausarbeitung müssen VertreterInnen von Menschen mit Behinderung mit einbezogen werden.
- Es braucht schnelle und klare Informationen, vor allem am Beginn einer Krise.
- Die Informationen müssen auch in Einfacher Sprache und in zugänglichen Formaten für blinde Personen zur Verfügung stehen.
- Ebenso brauchen gerade in Krisenzeiten gehörlose Personen die Informationen als Gebärdenvideo. Auch Gehörlosen-Ambulanzen müssen schnell und verlässlich reagieren.
- VertreterInnen von Menschen mit Behinderung müssen von Anfang an in alle Besprechungen und Planungen mit einbezogen werden.
- Es muss eine Möglichkeit der schnellen Testung von Menschen mit Behinderung und Betreuungs-Personal gefunden werden.
- Die Situation von Familien mit Kindern mit Behinderung muss besonders beachtet werden. Es muss auch in Krisenzeiten ausreichend Personal und Hilfe zur Verfügung stehen.
- SchülerInnen mit Behinderung sind in besonderem Ausmaß benachteiligt, wenn ein Unterricht in der Schule nicht stattfindet. Hier braucht es schulische Betreuung und einen Ausbau des E-Learnings unter spezieller Berücksichtigung dieser Gruppe.
- Gehörlose und schwerhörige Personen brauchen bei ihrem Gegenüber Sichtkontakt zum Mundbereich. Dort wo es möglich ist, sollen Visiermasken

eingesetzt werden. Es muss gut über die spezielle Problematik dieser Gruppe aufgeklärt werden, damit es nicht zu Diskriminierungen kommt.

- Leistungen müssen gerade in Krisenzeiten flexibel und in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.
- Personen mit Demenz und deren Familien sind in Krisenzeiten oft besonders gefordert. Hier braucht es schnelle und einfache Zugänge zu Assistenzleistungen.
- In Quarantäne- und Abstandsregeln muss klargestellt werden, dass Menschen mit Behinderung notwendige Betreuungs-Personen mitnehmen dürfen, vor allem im Krankentransport und in Krankenhäuser, aber auch in Geschäfte etc.
- In Krisenzeiten können gewisse Maßnahmen nicht in Anspruch genommen werden (z.B. beim bbrz). Oft sind diese aber Voraussetzung für eine Leistung (z.B. beim AMS). Es muss sichergestellt werden, dass diese Leistungen dennoch in Anspruch genommen werden können.
- Damit Menschen mit Behinderung nicht zu den Verlierern der Krise werden, braucht es spezielle Programme und Förderungen, um diese Gruppe in den Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. im Arbeitsmarkt zu halten.